

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Felgentreu! – Für die CDU-Fraktion hat nunmehr der Kollege Jotzo für eine Kurzintervention das Wort.

Björn Jotzo (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Felgentreu! Ich glaube, Sie haben sich mit Ihrer Einlassung hier keinen Dienst erwiesen,

[Beifall bei der FDP]

nicht nur, dass Sie offensichtlich verkennen, dass in vielen anderen Städten und auch Ländern ein solches Wahlsystem ohne Weiteres funktioniert. Offensichtlich halten Sie die Berliner Bürgerinnen und Bürger für beschränkter als die Bevölkerung in anderen Bundesländern. Das ist ein merkwürdiges Verständnis, das Sie hier zum Ausdruck bringen.

[Dr. Sebastian Kluckert (FDP): Rot-rote Bildungspolitik!]

Auch ein merkwürdiges Verständnis bringen Sie zum Ausdruck, wenn Sie hier behaupten, die Berliner Bürgerinnen und Bürger würden ihre Politiker kaum kennen. Das mag ja sein, Herr Dr. Felgentreu, nur frage ich mich doch: Warum kennen denn die Bürgerinnen und Bürger die Berliner Politiker so wenig? Vielleicht ist es der Fall, weil die Berliner Politik sich zu wenig um die Bürgerinnen und Bürger kümmert.

[Beifall bei der FDP]

Eben da muss man doch ansetzen.

Ich muss sagen, Herr Dr. Felgentreu, ich bin etwas traurig

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Nein! –

Andreas Gram (CDU): Aber nicht weinen, Herr Kollege!]

über die Lethargie, die aus Ihren Worten spricht. Es hört sich für mich an nach der Argumentation: Was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht. Das ist aus meiner Sicht keine Art, wie wir miteinander Politik machen sollten. Ich würde es bedauern, wenn diese Initiative auf diese Weise schon scheitern müsste, weil dies zeigte, dass Sie sich überhaupt nicht mehr bewegen können. Das ist ein Armutszeugnis für das Demokratieverständnis der Sozialdemokratie in diesem Haus.

[Beifall bei der FDP]

Präsident Walter Momper:

Herr Dr. Felgentreu, möchten Sie replizieren? – Dann haben Sie das Wort, bitte schön!

[Lars Oberg (SPD): Der bildungsferne Abgeordnete Jotzo!]

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Lieber Kollege Jotzo! Ihre Betroffenheit

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Trauer!]

respektiere ich. Nichtsdestotrotz glaube ich, es wäre ein Missverständnis, auch ein falsches Verständnis von dem, was im politischen Wettstreit möglich und erforderlich ist, wenn Sie davon ausgehen, dass sich die SPD jedes Mal dann bewegt, wenn die FDP es von ihr verlangt

[Björn Jotzo (FDP): Gut wär's!]

und noch dazu in die Richtung, die die FDP von ihr verlangt. Das können Sie von uns wirklich nicht erwarten. Wir bewegen uns dann, wenn wir es für richtig halten und in die Richtung, die wir für richtig halten. Die Richtung, die Sie hier vorschlagen, halte ich für grundfalsch.

Ansonsten machen Sie sich mal über die Bekanntheit von sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern keine Sorgen, wir sind da ganz gut aufgestellt. Ihre Bekanntheit, verehrter Kollege Jotzo, ist ja durch die liebevolle Berichterstattung z. B. in der Paper Press erheblich gewachsen, insofern brauchen Sie sich auch keine Sorgen zu machen.

[Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Jetzt ist der Kollege Rissmann von der CDU-Fraktion dran. – Bitte schön, Herr Rissmann, Sie haben das Wort!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Geschätzter Kollege Jotzo! Geschätzter Kollege Dr. Felgentreu! Die Frage ist, halte ich noch eine Rede oder beschränke ich mich darauf, festzustellen, dass ich mich vollumfänglich Herrn Kollegen Dr. Felgentreu anschließen kann. Ich glaube, dass ich in gewisser Weise auch einen edukatorischen Auftrag wahrzunehmen habe, insofern, lieber Kollege Jotzo, will ich durch das Wiederholen von Argumenten probieren, Sie zu überzeugen.

[Michael Müller (SPD): Erreichbare Ziele muss man sich bei der FDP setzen!]

Die Ausgangslage ist so, dass von 16 Bundesländern 14 Bundesländer das Kumulieren und Panaschieren bei Landtagswahlen nicht vorsehen und auch nicht beabsichtigen, dies in ihren Wahlvorschriften zu implementieren.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Jetzt machen Sie ihn noch trauriger!]

Jedes System, verehrter Kollege Jotzo, mag Vor- und Nachteile haben. In der Natur der Sache liegend haben Sie etwas einseitig die Vorteile beleuchtet – um der Ausgewogenheit der Sache einen Dienst zu tun, hier zwei, drei Argumente, die vielleicht dagegen sprechen.

Sven Rissmann

Kumulieren, Panaschieren hat in den Ländern, die es auf kommunaler Ebene ermöglicht haben, weder zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt noch dazu, dass – von wenigen Einzelfällen abgesehen – die vorgeschlagene Listenreihenfolge – und darum geht es Ihnen ja wohl – wesentlich verändert worden wäre.

Kumulieren und Panaschieren ist tatsächlich unpraktisch – Zettelwust ist das zu nennende Stichwort. Leider bin ich nicht so gut bewaffnet wie der Kollege Dr. Felgentreu, er hat es vorhin sehr anschaulich dargestellt. Hinzu kommt – auch das ist leicht einsichtig –, dass dieses System sehr fehleranfällig ist.

Des Weiteren müssen wir uns vor Augen führen, dass es doch heute schon so ist, dass wir durch Umfragen und Befragungen vor Wahlen wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereits mit dem jetzigen Wahlsystem gewisse Verständnisschwierigkeiten haben, das ist auch belegbar. Das Kumulieren und Panaschieren würde das jetzige Wahlrecht noch weiter verkomplizieren,; es würde der aktiven Wahlteilhabe von Bürgerinnen und Bürgern sicherlich nicht förderlich sein, sondern die Wahlabstinentz wahrscheinlich weiter erhöhen.

Ferner, verehrter Kollege Jotzo, werden viele Wähler es vielleicht doch schon als Erleichterung begreifen, auch Parteien wählen zu können, denn so können sie auch für sie unbekannt Kandidaten auf das jeweilige Parteiprogramm, mit dem sie sich beschäftigt haben, „verpflichten“, ohne sich jeden einzelnen Kandidaten angesehen haben zu müssen. Die Wahl einer Landesliste durch Parteimitglieder gibt zudem die Möglichkeit, regionale und strömungspolitische Eigenheiten der jeweiligen Partei auszutarieren. Das ist die Bündelungsfunktion von Parteien, die nicht zwangsläufig nachteilig sein muss. Ich darf in diesem Zusammenhang unter Kollegen nur das Stichwort Aufgabe und Rolle von Parteien in unserem Land, Artikel 21 Grundgesetz, nennen.

Ein letztes Argument: Stärkere Personenbezogenheit bei Wahlen – Kollege Felgentreu hat es gesagt – macht dort Sinn, wo die handelnden Personen auch in der Breite bekannt sind. Das ist in kleineren Gebietskörperschaften sicherlich der Fall, diese haben wir so in Berlin nicht. Allein ein Blick auf die in Berlin stattfindenden monatlichen Umfragen zeigt, dass der Bekanntheitsgrad selbst unseres Spitzenpersonals – und damit meine ich das aller hier vertretenen Parteien – sicherlich aufgrund der Besonderheiten der Großstadt nicht allzu stark ausgeprägt ist. Wenn Sie sich beispielsweise meinen Heimatbezirk Mitte anschauen, dann begegnet Ihrer Wahlrechtsänderungsvorstellung besondere Skepsis. Die Verweildauer eines durchschnittlichen Bürgers in Mitte soll ca. vier Jahre betragen. Jemand, der nach Mitte zieht, zieht statistisch gesehen nach vier Jahren aus dem Bezirk Mitte wieder weg. Wenn Sie also am Anfang einer Wahlperiode über vier Jahre kontinuierlich gut arbeiten, dann ist es statistisch gesehen so, dass am nächsten Wahltag der Bürger, der das hätte beurteilen können, bereits weggezogen ist

und nicht mehr in diesem Bezirk beheimatet ist. Das könnte zur Folge haben, dass am Ende nicht Leistung und Qualifikation ausschlaggebend sein könnten, sondern erheblicher finanzieller Einsatz einzelner Kandidaten und/oder kurz vor dem Wahltag – mit dem Ziel des Bekanntwerdens – einsetzender Populismus. Das, verehrter Kollege Jotzo, wird wahrscheinlich auch nicht mehr Demokratie sein.

Insofern darf ich am Ende festhalten: Meine Fraktion kann Ihre Initiative leider nicht unterstützen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Rissmann! – Für die Linksfraktion hat Herr Dr. Zotl das Wort. – Bitte schön!

Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Tagen jährt sich der 6. Mai 1990 zum zwanzigsten Mal. Das war jener Tag, an dem erst- und letztmalig die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung in einem sehr demokratischen Verfahren gewählt wurde. Die noch Wenigen unter uns – es sind, glaube ich, noch vier oder fünf –, die damals in das Ostberliner Parlament einzogen, erhielten ihr Mandat über ein Wahlrecht, dessen zentrale Idee im Panaschieren und Kumulieren der drei Stimmen, die alle Wählerinnen und Wähler hatten, bestand. Es war die Wendezeit, es gab ein hohes politisches Interesse, es war auch eine hohe politische Aktivität, die Wahlbeteiligung lag trotz des komplizierten Wahlsystems, und das unterschied sich grundsätzlich zum Wahlsystem der DDR – bei fast 80 Prozent, wie das damals so war. Wir haben den besten Zeugen unter uns, der das ganz unparteiisch sagen kann, er sitzt in der SPD-Fraktion, es ist der Kollege Schaddach, der damals der Wahlleiter von ganz Ostberlin war, damals noch bei den Grünen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Grundsätzlich steht die Linksfraktion dem Problemansatz Panaschieren und Kumulieren offen gegenüber. Ohnehin sind die Splittung der zur Verfügung stehenden Stimmen, also das Panaschieren, und die Konzentration aller Stimmen auf einen Kandidaten, also das Kumulieren, seit langem ein grundlegendes Element der meisten kommunalen Wahlrechte. Ohne Zweifel können Panaschieren und Kumulieren – da gebe ich Ihnen völlig recht, Kollege Jotzo – den Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die personelle Zusammensetzung von Parlamenten erhöhen, und ohne Zweifel beschränkt ein solcher direkter Wähler Einfluss die Möglichkeit von Parteien, bestimmte Versorgungsansprüche verdienstvoller Parteimitglieder über aussichtsreiche Listenplätze abzudecken.

[Beifall bei der FDP]

Unsere grundsätzliche Offenheit bezüglich des Panaschierens – hören Sie auf, hören Sie bitte auf zu klatschen –

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD]